

Eichenauer, Eva; Wiesholzer, Andrea; Damerau, Ulrike

Working Paper

Einstellungen zur Energiewende: Akzeptanz und räumliche Disparitäten

ESRa - Energiewende im Sozialen Raum

Suggested Citation: Eichenauer, Eva; Wiesholzer, Andrea; Damerau, Ulrike (2021) : Einstellungen zur Energiewende: Akzeptanz und räumliche Disparitäten, ESRa - Energiewende im Sozialen Raum, GCF – Global Climate Forum, Berlin,
https://esra-projekt.de/sites/default/files/2021-05/esra_produk_t_1.1_final.pdf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/251838>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



ESRa

Energiewende
im Sozialen Raum



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



P1.1 – Einstellungen zur Energiewende

Arbeitspaket: AP1 - Akzeptanz und räumliche Disparitäten

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e.V (IRS)

Germanwatch e.V.

Eva Eichenauer (IRS)

Andrea Wiesholzer (Germanwatch e.V.)

Ulrike Damerou (IRS)

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie im 7. Energieforschungsprogramm.

www.esra-projekt.de

Haftungsausschluss

Die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieses Berichts liegt bei den Autoren. Er gibt nicht unbedingt die Meinung der fördergebenden Institution wieder.

Copyright-Meldung

Dieser Bericht steht unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International License (CC BY 4.0); eine Kopie ist hier verfügbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Es steht Ihnen frei, das Material zu teilen (das Material in jedem Medium oder Format zu kopieren und weiterzuverbreiten) und zu adaptieren (das Material für jeden Zweck, auch kommerziell, zu Remixen, umzuwandeln und darauf aufzubauen) unter den folgenden Bedingungen: (i) Namensnennung (Sie müssen eine angemessene Namensnennung vornehmen, einen Link zur Lizenz bereitstellen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden; Sie können dies in jeder angemessenen Weise tun, jedoch nicht in einer Weise, die den Eindruck erweckt, dass der Lizenzgeber Sie oder Ihre Verwendung besonders unterstützt); (ii) keine zusätzlichen Einschränkungen (Sie dürfen keine zusätzlichen Klauseln oder technische Verfahren einsetzen, die anderen rechtlich irgendetwas untersagt, was die Lizenz erlaubt).

ESRa Produkt			
Vollständiger Titel	Verbundvorhaben: ESRa - Energiewende im Sozialen Raum		
Förderprogramm	Angewandte nichtnukleare Forschungsförderung im 7. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung ‚Innovation für die Energiewende‘		
Förderbereich	Energiewende und Gesellschaft		
Fördergeber	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie		
Start Datum	August 2020	Zeitraum	18 Monate
Projekt-URL	https://esra-projekt.de/		
Projekt-Koordinator	Global Climate Forum EV (GCF)		
Produktnummer	P1.1		
Produktname	Synopsis zur Akzeptanz der Energiewende national und für die zwei Beispielregionen		
Arbeitspaket	Akzeptanz und räumliche Disparitäten		
Datum der Abgabe	26.02.2021		
Federführende Organisation	Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e.V (IRS), Germanwatch e.V.		
Verantwortliche/r Autor/in(en/nen)	Eva Eichenauer Andrea Wiesholzer Ulrike Damerau	E-Mail	eva.eichenauer@leibniz-irs.de wiesholzer@germanwatch.org ulrike.damerau@leibniz-irs.de
Reviewer/in	Konstantin Winter (GCF)		
Stichwörter	Energiewende, Berlin, Spree-Neiße, Akzeptanz, Akzeptanzforschung, Einstellungen		






Vorwort

Die Energiewende geht mit einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel einher. Ihr Erfolg wird zu einem beträchtlichen Maß davon abhängen, ob sozialräumliche Herausforderungen überwunden werden können.

Im Forschungsprojekt „Energiewende im Sozialen Raum“ (ESRa) untersuchen wir die Faktoren, die profitierende von benachteiligten sozialen Räumen unterscheiden, und wie sich diese Faktoren im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung positiv gestalten lassen.

Dazu führen wir in ESRa zwei vergleichende Fallstudien unter enger Beteiligung von Bürger*innen und Praxispartner*innen durch: in der Metropole Berlin und in der Strukturwandelregion Spree-Neiße in der brandenburgischen Lausitz.

Forschungsteam

	Die Partner	Abkürzung	Land	Logo
1	Global Climate Forum e.V.	GCF	DE	
2	Fraunhofer IEE	FH IEE	DE	
3	Germanwatch e.V.	GW	DE	
4	Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität	IKEM	DE	
5	Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung	IRS	DE	

Zusammenfassung

Ausgehend von der Beobachtung, dass die Energiewende von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und Auseinandersetzungen um ihre Umsetzung begleitet wird, untersuchen wir regional spezifische Einstellungsmuster und fragen, wie vor diesem Hintergrund eine gelingende Energiewende gestaltet werden muss. Anhand einer Metaanalyse von aktuellen Studien zu Einstellungen zur Energiewende, insbesondere in den Sektoren Strom, Mobilität und Wärme sowie einer Medienanalyse der für die beiden Projektregionen Berlin und Landkreis Spree-Neiße zentralen Zeitungen „Der Tagesspiegel“ und „Lausitzer Rundschau“ werden erste Erkenntnisse zu Haltungen zur Energiewende im nationalen wie regionalen Kontext zusammengeführt.

Die Einstellung zur Energiewende in Deutschland ist im Allgemeinen positiv. Der Klimawandel wird deutschlandweit als eines der drängendsten Probleme unserer Zeit anerkannt. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass Einstellungen durchaus variieren und zwar einerseits im Hinblick auf konkrete Umsetzungs- oder Steuerungsmaßnahmen, beispielsweise bezüglich der Frage danach, welche Erneuerbaren Energien im Nahbereich befürwortet werden und welche nicht, oder ob eine Erhöhung der Kosten für PKW-Verkehr unterstützt wird. Andererseits werden auch räumliche Einstellungsmuster deutlich. Die Haltung zu Strom-, Mobilitäts- und Wärmewende ist nicht nur abhängig von sozio-ökonomischen und demographischen Faktoren wie Einkommen, Alter oder Lebensstil. Sie hängt auch zusammen mit der Verortung der Befragten in unterschiedlichen regionalen Kontexten. Als räumliche Differenzierungsmuster zeichnen sich Stadt-Land-, aber auch die für Deutschland nach wie vor prägenden Ost-West-Unterschiede ab. Schließlich prägt auch der konkrete Ort die Einstellungen zur Energiewende maßgeblich mit, da dort Energiewende-Maßnahmen umgesetzt werden, welche die eigene Lebenswelt und das Alltagsverhalten betreffen.

Der vorliegende Projektbericht lieferte erste Ergebnisse und zeigt Forschungslücken auf, die dringend geschlossen werden müssen, um zentrale Hemmnisse und fördernde Faktoren in ihrem sozial-räumlichen Kontext zu identifizieren und für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende nutzbar zu machen.

Inhaltverzeichnis

Haftungsausschluss	ii
Copyright-Meldung	ii
1 Einleitung – Einstellungen zur Energiewende	8
2 Akzeptanz – ein inakzeptabler Begriff?	9
2.1 Akzeptanz (k)ein Mittel zum Zweck?!	9
2.2 Typische Faktoren	12
3 Zur Datengrundlage und Methode	13
4 Relevante Faktoren für die Einstellung zu Energiewendeprojekten	16
4.1 Allgemeine Einstellungen zu Energiewende und Klimawandel	16
4.2 Externe Auswirkungen.....	17
4.3 Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung.....	18
4.4 Verfahrensbeteiligung und Mitsprache	20
4.4 Einbezug der betreffenden Bevölkerung und der Kommunen in Planungsprozesse	21
5 Regionale Spezifika	23
5.1 Fokus Kohleausstieg	24
5.2 Fokus Verkehrswende	29
5.3 Fokus Wärmewende.....	32
6 Ausblick	34
Literaturhinweise	36

1 Einleitung – Einstellungen zur Energiewende

Ausgehend von der Beobachtung, dass die Energiewende von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und Auseinandersetzungen um ihre Umsetzung begleitet wird, untersuchen wir regional spezifische Einstellungsmuster und fragen, wie vor diesem Hintergrund eine gelingende Energiewende gestaltet werden muss. Dazu untersuchen wir nicht nur Einstellungen zur Transformation des Stromsektors, also den Ausstieg aus der Atomenergie und Kohleverstromung, und die Umstellung auf Erneuerbare Energien sowie diverser Umwandlungstechnologien. Weitere Schwerpunkte sollen die Mobilitätswende und der bisher im Energiewendekontext weniger oder zumeist isoliert betrachtete Gebäude- und Wärmesektor sein. Dazu analysieren wir in einem ersten Schritt den „Ist-Zustand“ der Einstellungen und Haltungen zur Energiewende auf Bundesebene ebenso wie ihre regionalspezifischen Ausprägungen. Im folgenden Arbeitspapier führen wir die zentralen Ergebnisse einschlägiger Studien sowie einer ersten Medienanalyse zusammen, um darauf aufbauend im nächsten Schritt Triebkräfte und Hemmnisse für eine gesellschaftlich tragbare Umsetzung der Energiewende in unterschiedlichen regionalen Kontexten an den Beispielen Berlin und Spree-Neiße zu erarbeiten.

Im Folgenden wird zunächst eine für das Projekt zentrale Richtungsentscheidung formuliert. Der Begriff der Akzeptanz wird kritisch reflektiert und eine alternative Lesart eingeführt. Nach einer kurzen Bemerkung zur Studienlage werden vier zentrale Akzeptanzfaktoren identifiziert, die anschließend tiefergehend analysiert werden. Anschließend werden in drei Tiefbohrungen zu den Energiewendethemen Kohleausstieg, Verkehrswende und Wärmewende ihre Darstellungen in den regionalen Leitmedien der Modellregionen Berlin und Spree-Neiße in der Lausitz herausgearbeitet.

2 Akzeptanz – ein inakzeptabler Begriff?

2.1 Akzeptanz (k)ein Mittel zum Zweck?!

Akzeptanz, bzw. das Fehlen der selbigen, ist ein häufig verwendeter Begriff, wenn es um Haltungen gegenüber neuen Phänomenen geht. Üblicherweise betrifft das neue Technologien, bisher unbekannte Verwendungsweisen (z.B. Gentechnik) oder neue Infrastrukturen (z.B. Verkehrswege, Stromtrassen oder Windkraftanlagen). Historisch etablierte sich die Akzeptanzforschung insbesondere als Feld sozialwissenschaftlicher und sozial-psychologischer Beschäftigung mit der gesellschaftlichen Rezeption neuer Technologien und Infrastrukturen (z.B. Owens 1985; Slovic 1993; Wynne 1975). Mit der Expansion der Windenergie zur Jahrtausendwende gewinnt die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit Energiewendeinfrastrukturen zunehmend an Bedeutung (Wüstenhagen et al. 2007). Durch den immer größer werdenden Kreis von betroffenen Gemeinden und Personen steigt gleichzeitig auch die politische Relevanz der Frage, wie Akzeptanz für diese Projekte gewährleistet werden kann. Im Fokus steht die Frage, warum bestimmte Infrastrukturen nicht akzeptiert werden und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die nötige Akzeptanz zu schaffen. Durch diese auf ein konkretes Ziel ausgerichtete Vorgehensweise entwickelt die Akzeptanzforschung normativen, teils hegemonialen Charakter (Batel 2017), der nicht nur wissenschaftstheoretisch zu hinterfragen oder zumindest erklärungsbedürftig ist, sondern auch einer kritischen empirischen Untersuchung im Wege stehen kann (Wolsink 2018). So wird Opposition gegen Windkraftanlagen häufig als Abweichung vom Normalzustand dargestellt (Aitken 2010). Den Opponierenden fehlten „die richtigen“ Einstellungen. Ziel sei es daher, durch bestimmte Maßnahmen (z.B. Bürgerbeteiligungsformate), die als defizitär definierten Einstellungen zu ändern, um zu einem „Mehr“ an Akzeptanz zu gelangen (siehe die Review in Walker 1995; Wolsink 2018). Eine Forschung, die mit diesen Vorannahmen ins Feld geht, tut sich schwer, bestehende Konflikte ergebnisoffen zu analysieren und konstruktive, politisch nachhaltige Konfliktbearbeitungsmechanismen zu entwickeln, die zu einer gesamtgesellschaftlich getragenen Energiewende führen.

Das Projekt „Energiewende im sozialen Raum“ (ESRa) will einen anderen Weg gehen und einen kritischen Blick auf die bestehende Akzeptanzforschung werfen. In einem ersten Schritt verabschiedet sich das Projekt vom Begriff der Akzeptanz als zentralem Begriff des Arbeitspaketes 1, dem dieses Arbeitspapier zuzuordnen ist.¹ Aus

¹ Das Projekt ESRa ist aus organisatorischen und thematischen Gründen in mehrere Arbeitspakete strukturiert. Das Arbeitspaket 1 hieß ursprünglich „Akzeptanz und räumliche Disparitäten“ und wurde zu Beginn des Projektverlaufes zu „Einstellungen und Haltungen zur Energiewende und räumliche Disparitäten“ weiterentwickelt.

„Akzeptanz und räumliche Disparitäten“ wird „Einstellungen und Haltungen zur Energiewende und räumliche Disparitäten“. Schließlich ist es genau das, was das Projekt untersuchen will. Welche Haltungen zur Energiewende herrschen vor und durch welche Variablen werden sie beeinflusst? Welche Faktoren begünstigen eine positive Haltung zur Energiewende, welche eine eher negative Haltung? Nur durch die Öffnung der Fragestellung kann garantiert werden, dass tiefliegende gesellschaftliche Probleme bei der Umsetzung der Energiewende identifiziert und konstruktiv bearbeitet werden. Schließlich soll es in einem demokratisch verfassten Staat nicht allein darum gehen, reine Akzeptanz für bereits beschlossene Sachverhalte zu generieren, sondern Bürger*innen Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Gleichzeitig kann ein Verständnis für politische Entscheidungen – egal auf welcher Ebene – und eine Akzeptanz auch persönlich zunächst unvorteilhaft erscheinender Entscheidungen nur erwartet werden, wenn die Prozesse bis dahin transparent, nachvollziehbar und in gegenseitiger Anerkennung ablaufen.

Dennoch möchten wir, um über eine gesamtgesellschaftliche Haltung zur Energiewende sprechen zu können, uns nicht gänzlich von dem Begriff der Akzeptanz trennen. Ein vielversprechender Ansatz zeigt sich im bereits 2007 von Wüstenhagen et al. (Wüstenhagen et al. 2007) entwickelten Konzept sozialer Akzeptanz von Erneuerbaren-Energien-Innovationen („social acceptance of renewable energy innovation“). Das Konzept hat seitdem nicht nur eine breite Rezeption in der internationalen Akzeptanzforschung erfahren, es wurde auch kontinuierlich weiterentwickelt (z.B. Devine-Wright et al. 2017; Sovacool/Lakshmi Ratan 2012; Wolsink 2018):

Soziale Akzeptanz wird darin als ein Dreiklang aus sozio-politischer, wirtschaftlicher und lokaler Akzeptanz gesehen (Wüstenhagen et al. 2007).

Sozio-politische Akzeptanz bezieht sich hierbei auf eine Akzeptanz durch politische Entscheidungsträger*innen und eine öffentliche Meinung, wie sie z.B. durch Umfrageforschung abgebildet werden kann.

Ökonomische Akzeptanz umfasst die Akzeptanz durch Marktakteur*innen wie Konsument*innen oder Betriebe.

Unter **lokaler Akzeptanz** werden Fragen von Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit, sowie Vertrauen verstanden.



Abbildung 1: Akzeptanzdreieck nach Wüstenhagen et al. 2007

Quelle: ESRa. Eigene Darstellung

Das vorliegende Arbeitspapier soll einen Überblick über aktuelle individuelle Einstellungen zu Energiewendethemen liefern. Es befasst sich damit einerseits mit Fragen individueller Haltungen², die auf der Dimension der lokalen Akzeptanz der Energiewende angesiedelt sind, andererseits, durch den oft abstrakten und nationalen Charakter der Studien („Umfragen haben ergeben, dass XY Prozent der Deutschen...“) auch in Teilen mit sozio-politischer Akzeptanz. Sozio-politische, wie auch wirtschaftliche Dimensionen werden genauer in weiteren Arbeitspaketen des Projektes betrachtet.

² Dabei interessieren uns neben Meinungen auch dahinterliegende Bedürfnisse und Wertvorstellungen.

2.2 Typische Faktoren

Um individuelle Haltungen zu Energiewendethemen und Energiewendeprojekten analysieren zu können, bedarf es einer Operationalisierung. Basierend auf wissenschaftlicher Literatur zu Einstellungen zur Energiewende und lokalen Energiewendeprojekten (insb. auf Hübner et al. 2020; Renn et al. 2013; Sovacool/Ratan 2012) wurden vier zentrale Faktoren identifiziert, welche die Einstellungen zur Energiewende positiv oder negativ beeinflussen können und die Grundlage der Analyse in Kapitel 4 bilden.

Der erste Faktor bezieht sich auf die **allgemeinen Einstellungen zur Energiewende** (Hübner et al. 2020, Hübner / Pohl 2015) und die Einsicht in ihre Notwendigkeit (Renn et al. 2013) für die Eindämmung des menschengemachten Klimawandels. Die Anerkennung dieser ultima ratio ist zentral für die Haltung zur Energiewende und ihrer Umsetzungsprojekte. Eine allgemeine Befürwortung der Energiewende, also die Frage ob sie als sinnvoll und sinnvoll umgesetzt erlebt wird, beeinflusst wiederum die Einstellungen zu lokalen Projekten. Ebenso verhält es sich mit der grundlegenden Einsicht in ihre Notwendigkeit.

Weiterhin lassen sich **externe Auswirkungen** als gewichtige Faktoren für die Haltung zur Energiewende und ihren Umsetzungsprojekten nennen (Hübner et al. 2020; Sovacool/Ratan 2012). Das kann sowohl Auswirkungen auf Flora, Fauna und Landschaftsbild beinhalten, als auch Schall- und Lichtemissionen oder finanzielle Belastungen (z.B. Mehrkosten durch die EEG-Umlage, den CO₂-Preis, oder Mieterhöhungen durch Wärmedämmung, etc.) und wirtschaftliche Auswirkungen (z.B. Abwanderung, Arbeitsplatzverluste, etc.).

Möglichkeiten **zu lokaler Wertschöpfung und finanzieller Teilhabe von Kommunen oder Anwohner*innen** stellen einen weiteren Faktor dar. Beispielhaft sei hier die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Möglichkeit zusätzlicher Einkünfte für Anwohner*innen und Kommunen oder auch infrastrukturelle Mehrwerte genannt.

Schließlich ist der **Einbezug der betreffenden Bevölkerung und der Kommunen in Planungsprozesse** (Renn et al. 2013; Sovacool/Ratan 2012; Wolsink 2000) ein letzter zentraler Faktor. Die Frage der Selbstwirksamkeit beeinflusst hier grundlegend die Haltung zu Energiewendeprojekten (z.B. Renn et al. 2013). Dabei können sich sogenannte „Scheinbeteiligungen“ oder überbordende Erwartungen an den Grad der Mitsprache negativ auf Einstellungen auswirken (Eichenauer 2018; Marg. et al. 2013; Renn et al. 2013).

Diese vier Faktoren lassen sich zwar analytisch unterscheiden und auch getrennt voneinander erheben, sozialpsychologisch orientierte Studien zeigen aber immer wieder, wie eng diese Aspekte miteinander verschränkt sind und wie stark sie sich gegenseitig bedingen (z.B. Liebe/Dobers 2019; Sonnberger/Ruddat 2016; Zoellner et al. 2008).

3 Zur Datengrundlage und Methode

Um einen ersten Überblick über Einstellungen zur Energiewende auf Bundes- und regionaler Ebene zu erhalten, wurden wissenschaftliche Studien und Umfragen analysiert, die sich quantitativ den verschiedenen Aspekten der Energiewende (Ausbau erneuerbarer Energien, Kohleausstieg, Wärmewende und Verkehrswende) auseinandersetzen. Dabei wurden Problematiken der Studienlage und Auswertung deutlich, die hier kurz aufgeführt werden und in der folgenden Metaanalyse Berücksichtigung finden.

Die verwendeten Studien und Umfragen weisen ganz unterschiedliche Hintergründe auf. Auf umfassende, wissenschaftliche Studien (z.B. Eichenauer 2018; Lienhoop 2018; Setton 2019; Wolf 2020) wird ebenso zurückgegriffen, wie auf Umfragen, die im Auftrag von Unternehmen durchgeführt wurden (z.B. EnBW 2019; Greenpeace Energy 2019). Auch regelmäßige Befragungen von Think Tanks, die zur Energiewende arbeiten, wie die Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind) oder die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE), wurden einbezogen. Daraus folgt, dass sich die verwendeten Daten stark unterscheiden. So werden z.B. Fragen, die das Ähnliche messen sollen in unterschiedlicher Weise abgefragt. Auch die Antwortmöglichkeiten und verwendeten Skalen unterscheiden sich von Befragung zu Befragung.³ Die Kontexte, in denen die Fragen gestellt werden, sind abhängig vom Schwerpunkt der Erhebungen. Geht es generell um die Energiewende, wie es z.B. bei den Befragungen der AEE (AEE 2020) oder FA Wind (FA Wind 2020) der Fall ist? Liegt der Schwerpunkt auf Fragen des Naturschutzes, wie bei den Naturbewusstseinsstudien des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und des Bundesamts für Naturschutz (BMU/BfN 2020)? Oder sind die Fragen in weitere gesellschaftspolitische Zusammenhänge (z.B. Interesse an und Vertrauen in Politik) eingebettet, wie beim Nachhaltigkeitsbarometer des Instituts für transformative Nachhaltigkeitsstudien (IASS) (Wolf 2020, Setton 2019)? Um dieser Vergleichbarkeitsproblematik gerecht zu werden, wurden für den vorliegenden Bericht zahlreiche Studien gesichtet. In diesem Arbeitspapier werden die Ergebnisse präsentiert, die sich über verschiedene Studien hinweg ähnlich darstellen.

Neben der Vergleichbarkeit stellen Datenlücken eine große Herausforderung dar. Viele Studien machen selten Angaben über die demographische oder sozioökonomische Zusammensetzung ihrer Stichprobe. Lediglich ein Hinweis auf Repräsentativität im Hinblick auf Geschlecht und Alter wird gegeben. Daten zu Alter, Einkommen, Region

³ Die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) stellt die Wortlaute der Fragen ihrer jährlichen Umfragen gar nicht zur Verfügung. Die FA Wind hingegen führt mit längeren Erklärtexten in die Fragen ein (FA Wind 2020). Die Befragungen im Auftrag von Greenpeace Energy (Greenpeace Energy 2019) und EnBW (EnBW 2019) fragten die generelle Einstellung zu Windkraftanlagen wie folgt ab: GPE 2019 – „Wie stehen Sie ganz allgemein zum Ausbau der Windenergie? Sehr positiv – eher positiv – eher negativ – sehr negativ“, EnBW 2019 – „Die Nutzung und der Ausbau von Windenergieanlagen im Binnenland ist...sehr wichtig, eher wichtig, nicht so wichtig, unwichtig“

oder auch Parteipräferenz existieren zumeist nicht. Dabei zeigt sich in Studien, die diese Merkmale einbeziehen (z.B. BMU/BfN 2020; BMU/UBA 2019; Setton 2019; Wolf 2020), dass sie erheblichen Einfluss auf Einstellungen zur Energiewende und ihren Umsetzungsprojekten haben. Auch werden bisherige Forschungsschwerpunkte, sowie Lücken und blinde Flecken deutlich. Während Einstellungen zum Ausbau Erneuerbarer Energien, insbesondere Windkraft, sowie zum Stromnetzausbau umfassend und bereits über einen längeren Zeitraum regelmäßig erhoben werden, liegen vergleichbare Daten in den Sektoren Mobilität und Wärme nicht vor.

Weiterhin sind häufig keine kleinräumigen regionalen Daten verfügbar. Bundesweite Studien oder Befragungen schlüsseln in den wenigsten Fällen ihre Ergebnisse nach Regionen auf, so dass hier nur Aussagen auf nationaler Ebene getroffen werden können. Vereinzelt werden Aussagen über größere räumliche Zusammenhänge, wie Bundesländer (EnBW 2019, Setton 2019) oder die Nielseengebiete⁴ (Greenpeace Energy 2019), getroffen oder Angaben zu Stadt-Land-Unterschieden gemacht (BMU/BfN 2020; Setton 2019; Wolf 2020).

Um sich den regionalen Gegebenheiten zu nähern, wurde daher eine erste Medienanalyse von zwei regionalspezifischen Leitmedien – *Tagesspiegel* (Ressort Berlin) und *Lausitzer Rundschau* – durchgeführt⁵. Zwar kann so kein quantitatives Abbild der Einstellungen in den Regionen Berlin und Spree-Neiße ersetzt werden. Die Medienanalyse gibt jedoch wichtige qualitative Informationen zu den regionalspezifischen Blickwinkeln und Argumentationsmustern im Themenbereich Energiewende. Medien liefern einerseits Hintergründe für die Entwicklung von persönlichen Einstellungen gegenüber Themen. Sie spannen einen Debattenraum auf, innerhalb dessen sich Meinungsbildung vollzieht. Andererseits sind Medien selbst Selektionsorgane, welche Beiträge u.a. mit Blick auf die wahrgenommenen Interessen und Meinungen der Zielgruppe selektieren. Aufgrund dieses Wechselspiels zwischen Medium und Meinungen können die Medienanalysen einen lebensweltlichen Einblick in die Energiewende-Debatten in den Beispielregionen ermöglichen, welcher durch die alleinige Betrachtung quantitativer Befragungen verstellt bleibt.

Für einen ersten kursorischen Überblick wurden beide Zeitungen mithilfe der Suchfunktion nach Energiewendethemen durchsucht. Die Suche wurde auf den Zeitraum 01.01.2020 bis 29.01.2021 eingeschränkt. Als Schlagworte wurden eingegeben: Energiewende, Erneuerbare Energie, Windenergie, Photovoltaik, Solarenergie, Kohleausstieg, Strukturwandel, Wasserstoff, Verkehrswende,

⁴ Unter Nielsegebieten versteht man eine bestimmte regionale Aufteilung der Bundesrepublik Deutschland, die häufig in der kommerziellen Markt- und Meinungsforschung verwendet wird. Damit liefern die Nielseengebiete eine gröbere regionale Aufschlüsselung als die NUTS2-Ebene der Bundesländer. Für ESRa insbesondere relevant sind die Nielseengebiete V (Berlin) und VI (Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern).

⁵ Der *Tagesspiegel* ist eine überregionale Tageszeitung und die auflagenstärkste Tageszeitung Berlins. Die *Lausitzer Rundschau* ist eine regionale Zeitung, mit insgesamt 13 Lokalausgaben in Südbrandenburg und Nordostsachsen.

Wärmewende, Fernwärme. Die Anzahl der Treffer je Schlagwort im jeweiligen Medienportal wurde dabei als erstes Indiz für regionalspezifisch relevante Themen betrachtet.⁶ Ergänzend wurden Erkenntnisse zu den klimapolitisch zentralen Herausforderungen in den Modellregionen aus Rechercheprozessen in anderen Arbeitspaketen (z.B. Arbeitspaket 3) herangezogen. So wurde auch das Thema Wärmewende in die Betrachtung für Berlin mitaufgenommen. Neben der Identifikation zentraler Themen, wurden gefundene Artikel qualitativ nach vorherrschenden Detailthemen und Argumentationsmustern analysiert. Diese wurden dann in Themenlandkarten übersetzt (siehe Tabellen 1-5, zum Vorgehen siehe Brettschneider, 2016). Die Erkenntnisse und Thesen aus der Medienanalyse sollen als Zwischenergebnisse verstanden und in einem weiteren Prozess (z.B. Analyse weiterer Medien, Expert*inneninterviews) vertieft und verifiziert aber ggf. auch falsifiziert werden.

⁶ **Trefferanzahl in der Lausitzer Rundschau:** Energiewende (92), Erneuerbare Energie (125), Windenergie (21), Photovoltaik (36), Solarenergie (10), Kohleausstieg (ca. 196), Strukturwandel (ca. 528), Wasserstoff (67), Verkehrswende (15), Wärmewende (2), Fernwärme (0).

Trefferanzahl im Tagesspiegel – Ressort Berlin: Energiewende (35), Erneuerbare Energie (7), Erneuerbare (15), Windenergie (3), Photovoltaik (4), Solarenergie (7), Kohleausstieg (21), Strukturwandel (13), Wasserstoff (7), Verkehrswende (168), Wärmewende (0), Fernwärme (8).

4 Relevante Faktoren für die Einstellung zu Energiewendeprojekten

4.1 Allgemeine Einstellungen zu Energiewende und Klimawandel

Die Energiewende ist kein Selbstzweck. Ihr liegt das Bestreben zu Grunde, den Prozess der Erderwärmung auf ein beherrschbares Maß zu begrenzen. Dabei sollen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit stets gewährleistet sein. Die Wahrnehmung und Bewertung des Klimawandels sind daher wichtige Faktoren, die die Einstellung zu Klimaschutzmaßnahmen wie der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende beeinflussen. Insgesamt zeigt sich, dass in Deutschland ein hohes **Problembewusstsein in Bezug auf den Klimawandel** herrscht (BMU/UBA 2019; EIB 2019; Eurobarometer 2019). Gemäß des Eurobarometers sehen 92 % den Klimawandel als großes bis sehr großes Problem an (Eurobarometer 2019). Eine aktuelle Befragung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) zeigt, dass 59 % der Befragten die langfristigen Folgen des Klimawandels gravierender einschätzen als die der aktuellen Coronapandemie (DBU 2020). Parallel dazu lässt sich jedoch beobachten, dass Klimawandelskeptizismus in Deutschland im europäischen Vergleich weit verbreitet ist (EIB 2019). 13 % stimmen der Aussage zu, „Ich glaube nicht an den Klimawandel.“ Der europäische Schnitt liegt hier bei 9 %. Ähnlich deutlich zeigt sich das in der Ablehnung der Aussage, der Mensch und menschliche Aktivitäten seien die Hauptursache für den Klimawandel. Dies lehnen 23 % der befragten Deutschen ab, europaweit der höchste Wert. Das kann ein Hinweis auf eine **Polarisierung in der energie- und klimapolitischen Debatte** sein, die sich auch im deutschen und regionalen Kontext abzeichnet und im Projektverlauf vertieft untersucht werden soll (vgl. auch Lockwood 2018).

Mit Blick auf allgemeine Einstellungen zur Energiewende zeigt sich in wiederkehrenden Umfragen und Studien, dass die **Unterstützung der Energiewende in Deutschland ungebrochen hoch** ist (z.B. seit 2013 AEE⁷; IASS seit 2017⁸; FA Wind seit 2015⁹; Naturbewusstseinsstudie seit 2013¹⁰). Die allgemeine Zustimmung zum Ausbau der Erneuerbaren schwankt zwischen 85 % bis 95 %, die Ablehnung des

⁷ Zu den Ergebnissen der AEE-Akzeptanzumfragen <https://www.unendlich-viel-energie.de/mediathek?searchstring=Akzeptanzumfrage> (letzter Zugriff: 29.01.2021)

⁸ Zur Übersicht des IASS Nachhaltigkeitsbarometers https://www.iass-potsdam.de/de/search?search_for=nachhaltigkeitsbarometer (letzter Zugriff: 29.01.2021)

⁹ Zu den Akzeptanzumfragen der FA Wind <https://www.fachagentur-windenergie.de/veroeffentlichungen/publikationen/> (letzter Zugriff: 29.01.2021)

¹⁰ Zu den Naturbewusstseinsstudien des Bundesamt für Naturschutz und des Bundesumweltministeriums <https://www.bfn.de/themen/gesellschaft/naturbewusstsein.html> (letzter Zugriff: 29.01.2021)

Kohleausstiegs bundesweit bewegt sich um 10 % (z.B. BMU/UBA 2019). Bei genauerer Betrachtung zeigen sich jedoch Unterschiede, die das Bild einer ungetrübten gesellschaftlichen Unterstützung für die Energiewende zum Wanken bringen. Einerseits zeigen sich **deutliche regionale Unterschiede** (siehe Kapitel 5), andererseits ist die Haltung zur Energiewende **und** ihren Infrastrukturprojekten auch **stark abhängig von den jeweiligen Technologien oder Maßnahmen**. So verzeichnen Photovoltaikanlagen auf Dächern immer hohe Zustimmungswerte, während die Zustimmung zu Flächen-Photovoltaik, Windkraft und Biomasse je nach Fragestellung und regionaler Verortung stark schwanken kann (AEE2021, 2019, 2018; BMU/BfN 2020; Wolf 2020). Ähnlich wie bei der Haltung zu Erzeugungstechnologien ist die Haltung zur Verkehrswende stark maßnahmenabhängig und weißt siedlungsstrukturelle Spezifika auf (KfW 2019). Verbote und Einschränkungen in Stadtgebieten für Autos mit Verbrennungsmotoren werden deutlich abgelehnt (KfW 2019; Wolf 2020), während der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), des Fernverkehrs, sowie der Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur klar befürwortet wird (BMU/UBA 2019; Wolf 2020).

4.2 Externe Auswirkungen

Es gibt vielfältige externe Faktoren, die die Haltung zu Energiewendeprojekten beeinflussen. Das zeigt sich einerseits in verschiedenen Repräsentativbefragungen (z.B. Eichenauer 2018; EnBW 2019; Hübner et al. 2020, Hübner / Pohl 2015, Sonnberger/Ruddatt 2016), andererseits schätzen auch Vorhabenträger, die Energiewendeprojekte entwickeln, diese externen Faktoren als stärkste „Akzeptanzhemmnisse“ ein (DiNucci et al 2020).

Hauptgründe für die Ablehnung von Energiewendeinfrastruktur sind zum einen **Veränderungen des Landschaftsbildes**. Vor allem große, weit sichtbare Strukturen, wie Windkraftanlagen und Stromtrassen wirken auf Landschaften, verändern und prägen diese (Kost 2013). Anders als bei fossilen und nuklearen Kraftwerken und Abbaustandorten konzentrieren sich Infrastrukturen der Energiewende nicht auf einzelne Orte, sondern sind im Prinzip omnipräsent im Bundesgebiet zu finden (Gailing / Röhring 2015). Auch Bedenken, dass die eigene **Gesundheit oder das persönliche Wohlbefinden** durch externe Effekte, wie z.B. Geräuschentwicklung, Infraschall, Schattenwurf oder nächtliches Blinken beeinträchtigt werden, beeinflussen die Haltung zu Energiewendeinfrastrukturen. Zwar unterliegen beispielsweise Windkraftanlagen den strengen Regeln des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG), welches Höchstwerte für die durch Rotoren verursachte Lautstärke festlegt und Grenzwerte für den durch Flügelbewegungen verursachten Schattenwurf reguliert. Ein Gefühl subjektiver persönlicher Beeinträchtigung verschwindet jedoch nicht durch

Rund die Hälfte derer, die WKAs ablehnen, würden zustimmen, wenn Externalitäten, wie Natur- und Gesundheitsschutz besser berücksichtigt würden. Dies sind auch Hauptgründe dafür, dass Menschen die Anlagen ablehnen (Eichenauer 2018, Sonnberger/Ruddatt 2016).

immissionsschutzrechtliche Gutachten. Hier bedarf es der Förderung von Vertrauen in die Sorgfalt der Gutachten und Korrektheit der Genehmigungsverfahren. Allerdings können diese empfundenen Beeinträchtigungen durch negative Erlebnisse im Planungsprozess des Bauprojektes ausgelöst oder verstärkt werden (Hübner / Pohl 2015).

Schließlich sind **Natur- und Artenschutz** weitere zentrale Faktoren, insbesondere für eine negative Haltung gegenüber Energiewendeprojekten. Zweifelsohne stellen die Projekte, wie oben erwähnt, einen Eingriff in Kultur- und Naturlandschaften dar, die auch negative Auswirkungen auf lokale Tierpopulationen und Biodiversität haben können (Moning 2017). Gleichzeitig wird dem Natur- und Artenschutz in der deutschen Rechtsprechung ein hoher Stellenwert eingeräumt. Dieser ist damit nicht nur einer der Hauptablehnungsgründe von Windenergieprojekten (Eichenauer 2018), sondern auch der Hauptklagegrund gegen bereits genehmigte Windkraftanlagen (FA Wind 2019). 61 % der Klageführer*innen sind Umwelt- und Naturschutzverbände, die durch die Regelung des Verbandsklagerechtes als Träger öffentlicher Belange in Genehmigungsverfahren aktiv werden können. Nicht selten wird jedoch von windkraftkritischen Anwohner*innen und Bürgerinitiativen beklagt, ihnen bliebe nichts anderes übrig, als den Tierschutz ins Feld zu führen, da die Belange des „Schutzgutes Mensch“ nicht ausreichend berücksichtigt würden (Moning 2017).

Auch **wirtschaftliche Auswirkungen** spielen eine Rolle. Bundesweit stellt sich die Frage nach einer gerechten Verteilung der Kosten der Energiewende. Dabei wird vor allem die EEG-Umlage als Kostentreiberin für Strompreise in Privathaushalten benannt. Eine Mehrheit erwartet eher negative Auswirkungen der Energiewende auf die persönliche finanzielle und wirtschaftliche Situation (Wolf 2020). In der vom Strukturwandel geprägten Region Lausitz, werden negative Auswirkungen besonders stark antizipiert. Rund ein Viertel der Bevölkerung fürchtet hier um ihren Arbeitsplatz (Bischoff/Heidig 2020).

25% befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren (Lausitz Monitor 2020)

4.3 Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung

Lokale Wertschöpfung und die Möglichkeit finanzieller Beteiligung können sich positiv auf die Haltung zu lokalen Projekten auswirken (Eichenauer 2018; Eichenauer/Gailing 2020; Hübner/Pohl 2015; Sonnberger/Ruddat 2016; Wolf 2020). Umgekehrt zeigt sich in vielen Studien, dass das Gefühl unfairer Kosten-Nutzen-Verteilungen, die Einstellungen vor Ort negativ beeinflusst (z.B. Gross 2007; Lienhoop 2018). **Lokale Wertschöpfung** im Bereich der Energiewende kann verschiedene Formen annehmen. Gemeinden können über Gewerbesteuer- und Pachteinnahmen für Anlagenstandorte oder lokale Unternehmen, die im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig sind,

Etwa die Hälfte der Menschen, die Windkraft gegenüber skeptisch eingestellt sind, könnten Windkraftanlagen in ihrem Wohnumfeld akzeptieren, wenn sie oder die Gemeinde finanziell beteiligt oder entschädigt würden (z.B. Eichenauer 2018; Sonnberger/Ruddat 2016).

zusätzliche Einkünfte erzielen. Auch Privatpersonen können durch die Verpachtung von Flächen, die Teilhabe an Unternehmen oder die Beteiligung an Energiegenossenschaften von Energiewendeprojekten profitieren. Lokale Wertschöpfung kann auch über den Ausbau kommunaler Infrastruktur, bspw. durch Wärmenetze, Mobilitätsangebote oder neue Arbeitsplätze generiert werden. „Aktive“ finanzielle Beteiligung, im Sinne von individuellen oder kommunalen Investitionen ist jedoch

voraussetzungsreich in der Umsetzung (Eichenauer 2018; Eichenauer/Gailing 2020; Johansen/Emborg 2018; Lienhoop 2018). Einerseits bestanden bis zur Neuregelung des EEG Ende 2020 rechtliche Unklarheiten über freiwillige Abgaben der Betreiberfirma (EEG2021§36(k)). Finanzielle Angebote seitens der Betreiber konnten damit nicht nur von der Bevölkerung als Bestechung wahrgenommen werden und damit weitere negative Haltungen verschärfen (Bell et al. 2005; Eichenauer 2018), auch rechtlich bestand hier eine Grauzone im Hinblick auf unerlaubte Vorteilsnahme. Weiterhin ist eine Investition immer auch mit finanziellem Risiko verbunden, welches die Investor*innen bereit sein müssen, zu tragen. Schließlich wird Eigenkapital oder Solvenz vorausgesetzt, die nicht überall gegeben ist, und räumlich höchst ungleich verteilt ist. So können bestehende **Ungleichheiten**, sowohl auf kommunaler als auch individueller Ebene manifestiert und verstärkt werden.

Von politischer Seite wird **finanzielle Beteiligung** insbesondere im Bereich Windkraft als wichtiges Element zur Erhöhung der Akzeptanz von Windkraftanlagen in der lokalen Bevölkerung gesehen. Auf Länderebene existieren mit dem Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz (BüGembeteilG M-V) in Mecklenburg-Vorpommern (Eichenauer/Gailing 2020) und dem Windenergieanlagenabgabengesetz (BbgWindAbgG) in Brandenburg, auch „Windkrafteuro“ genannt, nunmehr zwei Landesgesetze, die eine finanzielle Beteiligung der umliegenden Kommunen gesetzlich festschreibt. Beide Regularien müssen ihre tatsächliche Wirkung auf die Haltung gegenüber Windkraftprojekten, die in beiden Bundesländern häufig stark umstritten sind, allerdings erst unter Beweis stellen. In Mecklenburg-Vorpommern startete das erste Beteiligungsverfahren nach Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz im Februar 2021. Für den Landkreis Spree-Neiße sind für in 2020 genehmigte, aber noch im Bau befindliche Anlagen Einkünfte von rund 30 000 € prognostiziert, die sich auf die Gemeinden Drebkau, Neuenhagen/Spree und Spremberg verteilen (Landtag Brandenburg 2020).

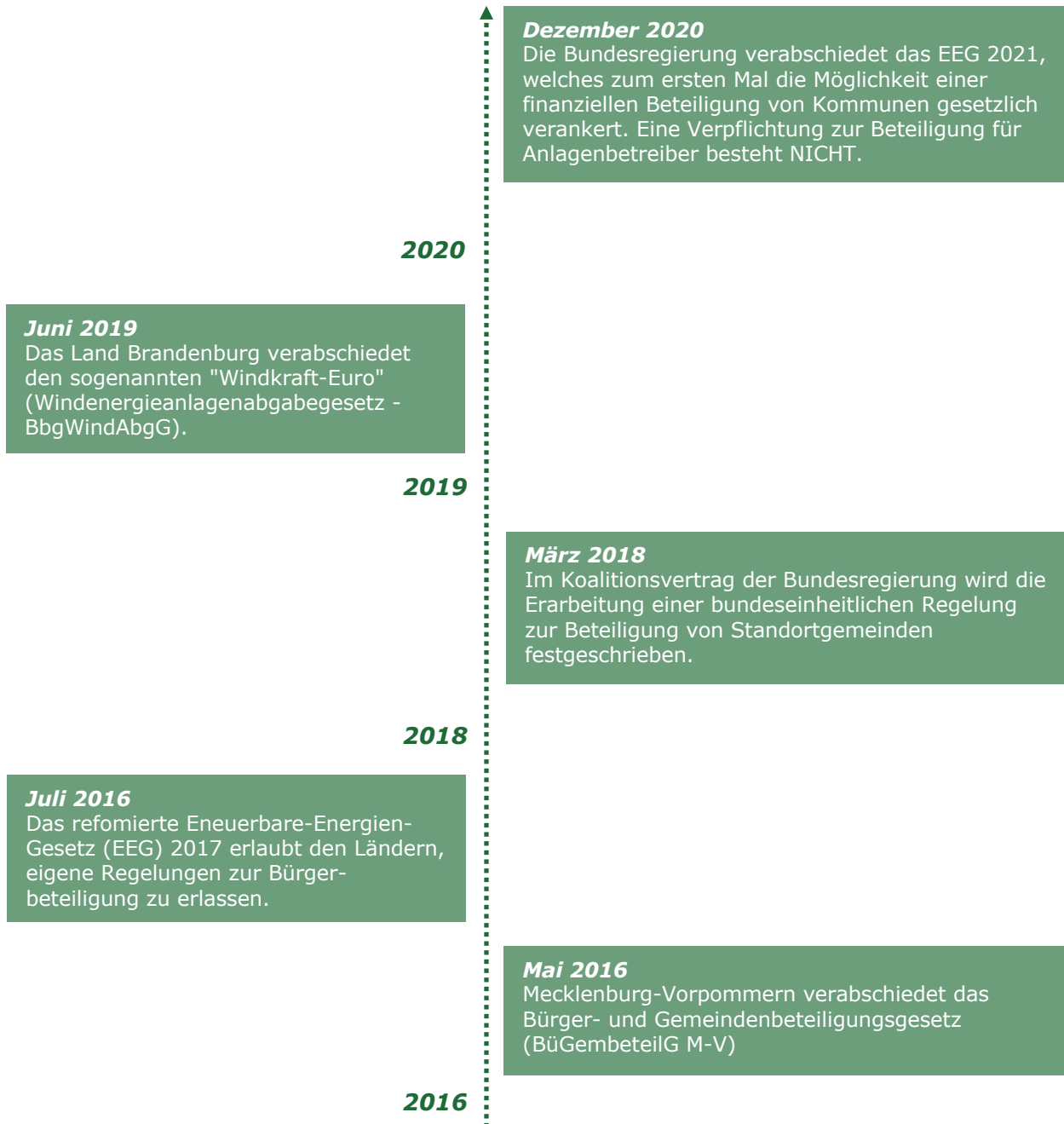


Abbildung 2: Finanzielle Beteiligung – Ansätze und Wege

Quelle: ESRa. Eigene Darstellung, aktualisiert nach Eichenauer/Galling 2020

4.4 Einbezug der betreffenden Bevölkerung und der Kommunen in Planungsprozesse

79% behaupten, durch Einbezug in die Projektplanung würde sich die Haltung zu WKAs positiv verbessern (Greenpeace Energy 2019)

Als gerecht empfundene Verfahren führen tendenziell zu Ergebnissen, die ebenfalls als gerecht empfunden werden.

Schließlich zeigen zahlreiche Studien, dass der Einbezug der betreffenden Kommunen und Anwohner*innen in Planungs- und Genehmigungsverfahren ein weiterer kritischer Aspekt in der Haltung zu Energiewendeprojekten ist (z.B. FA Wind 2017; Greenpeace Energy 2019; Gross 2007; Hübner /Pohl 2015). Der Aspekt der **Mitsprache, bzw. das Gefühl der Selbstwirksamkeit** (Renn et al. 2013) **beeinflusst dabei auch die Wirkmächtigkeit anderer Faktoren**, wie z.B. der finanziellen Beteiligung (Eichenauer 2018; Eichenauer/Gailing 2020; Ek/Perrson 2014; Gross 2007; Lienhoop 2018). Beteiligung selbst kann verschiedene Ausprägungen haben. Informationsveranstaltungen und besondere Kommunikationsformate sind dabei explizit keine Form von Verfahrensbeteiligung, da diese vor allem dazu dienen, Akzeptanz oder Verständnis für ein bereits fertig geplantes Projekt zu schaffen. Dieses Vorgehen, welches oft als „Beteiligung“ deklariert wird, sorgt vielmehr dafür, dass sich die Haltung vor Ort verschlechtert (Eichenauer 2018; Renn et al. 2013). Andererseits müssen auch **Erwartungen an den Prozess und den Grad der Mitsprache deutlich** sein (Renn et al. 2013), insbesondere für die zu beteiligenden Bürger*innen, welche vielfach politische Lai*innen sind und wenig Erfahrung mit bürokratischen Verfahren haben (Marg et al. 2013). Verfahrensbeteiligung ist also mit vielfältigen Voraussetzungen verbunden (Renn et al. 2013; Wolsink 2007; Zoellner et al. 2011). Neben einem Verständnis für den Umfang und die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten und dem tatsächlichen Vorhandensein von Verhandlungs- und Gestaltungsspielräumen, ist **Vertrauen in die Akteur*innen** (z.B. Vorhabenträger, Verwaltung, Politik) **eine Grundvoraussetzung** für einen Beteiligungsprozess (Eichenauer 2018).

Beteiligung heißt nicht:

- Entscheidungen treffen; das können nur legitimierte Mandatsträger
- Reine Information über bereits bestehende Beschlüsse und Sachlagen
- Akzeptanzbeschaffung für bereits gefällte Entscheidungen (!)

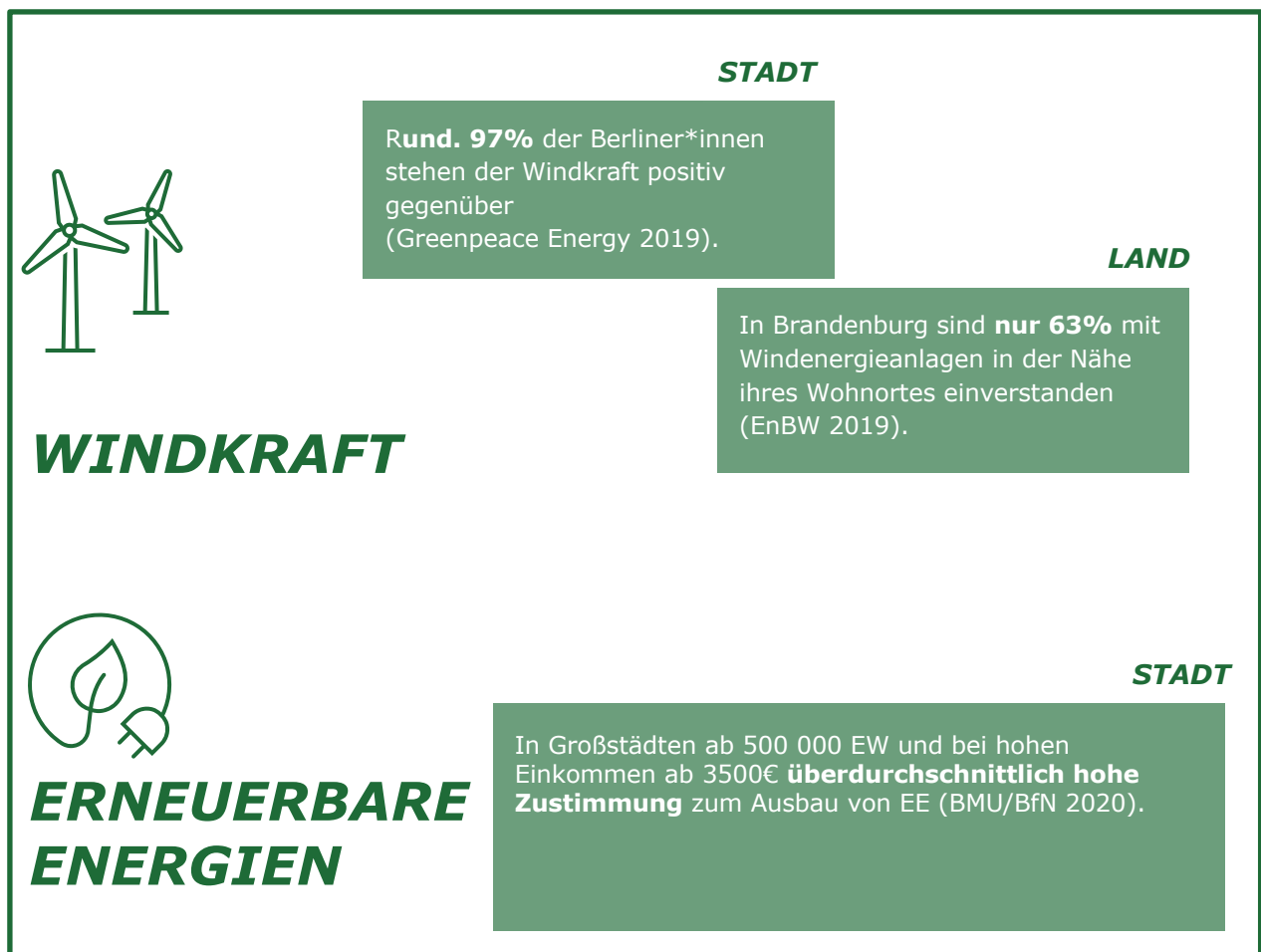
Beteiligung kann heißen:

- Eingabe von Ideen, Bedenken und Präferenzen
- Erarbeiten, Mitgestalten von Plänen und Vorgaben

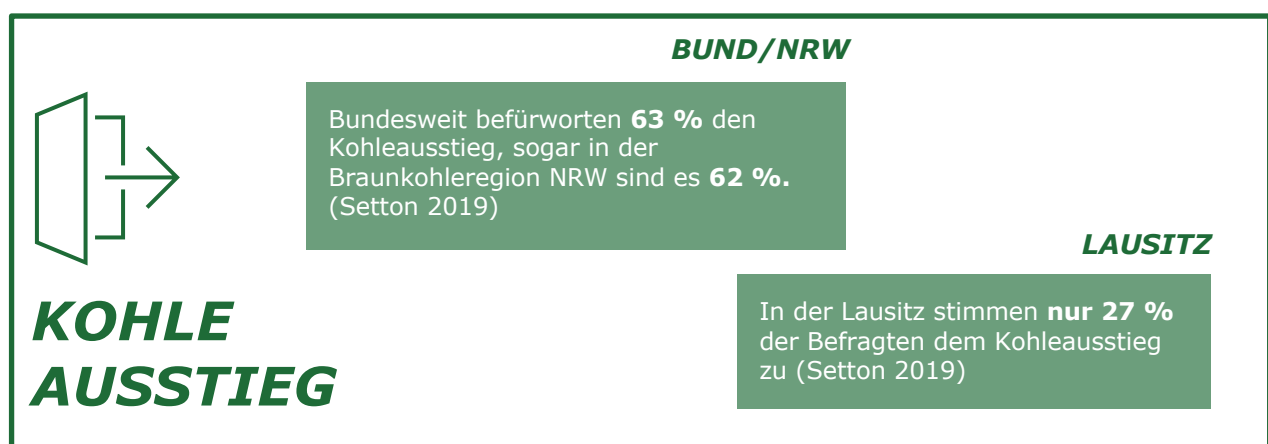
Beteiligung kann also z.B. die Eingabe von Ideen, Bedenken, Erfahrungs- und Fachwissen, sowie Präferenzen bedeuten, oder aber auch das Erarbeiten und Mitgestalten von Plänen und Vorgaben. **Beteiligung heißt nicht automatisch, dass Entscheidungen getroffen werden können.** Das ist legitimierte Mandatsträger*innen vorbehalten. Beteiligung bedeutet aber, wie oben erwähnt, mehr als reine Information über bereits bestehende Beschlüsse und Sachlagen. Damit einhergehend darf Beteiligung vor allem keine Umschreibung für Akzeptanzbeschaffung für bereits gefällte Entscheidungen sein. Dies untergräbt den oben bereits erwähnten Anspruch an demokratisch legitimierte Entscheidungen, die von einem konstruktiven Umgang mit Konflikten leben.

5 Regionale Spezifika

Im Kapitel 4.1 wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich die Haltungen zur Energiewende regional und je nach Energiewendemaßnahme unterscheiden und vom bundesweiten Durchschnitt abheben können. Besonders deutlich zeigt sich das bei den Einstellungen zur Windenergie. Laut einer Greenpeace Energy-Umfrage stehen insgesamt 80 % der gesamtdeutschen Bevölkerung der Windkraft positiv gegenüber, in Berlin sind es mit rund 97 % sogar fast alle Berliner*innen (Greenpeace Energy 2019). In Nordostdeutschland, zu dem auch Brandenburg mit der Projektregion Spree-Neiße zählt, sind es hingegen nur 63 % (ebd.). Eine Befragung des Energieversorgers Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) zeigt, ein gleiches Ergebnis für das Bundesland Brandenburg. Hier sind ebenfalls nur 63 % mit Windenergieanlagen in der Nähe ihres Wohnortes einverstanden (EnBW 2019). In Studien, die dies erheben, zeigt sich in Bezug auf die Umsetzung der Energiewende auch ein Stadt-Land-Gefälle. Die Zustimmung zum Ausbau von Erzeugungsinfrastruktur ist in Städten insgesamt deutlich höher als im ländlichen Raum (Wolf 2020, BMU/BfN 2020). So verzeichnet die Naturbewusstseinsstudie 2019 in Großstädten ab 500 000 Einwohner*innen eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung zum Ausbau von Erneuerbaren Energien.



Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien ist der Ausstieg aus der Kernenergie und Kohleverstromung ein weiteres zentrales Standbein der Energiewende, welches auf nationaler Ebene auf hohe Akzeptanz stößt (z.B. BMU/UBA 2019). Hier zeigen sich ebenfalls große regionale Unterschiede, auch zwischen den deutschen Kohleregionen. Während in der Lausitz nur 27 % den Kohleausstieg befürworten, sind es im einzigen westdeutschen Braunkohlerevier in Nordrhein-Westfalen 62 %, was fast den bundesweiten Durchschnittswert von 63 % widerspiegelt (Setton 2019). Die Ablehnung in der Kohleregion Lausitz, zu der auch der Landkreis Spree-Neiße zählt, liegt mit 43 % hingegen deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt von 13 % (Setton 2019).



Insgesamt gibt es jedoch keine umfassenden regionalspezifischen Studien, anhand deren wir Vergleiche zwischen den Modellregionen Berlin und Spree-Neiße in der brandenburgischen Lausitz durchführen könnten. Aus diesem Grund nähern wir uns der Frage, wie sich die Einstellungen und Haltungen in Berlin und Spree-Neiße unterscheiden im Nachfolgenden anhand einer ersten Analyse lokaler Leitmedien (zur Methode siehe Kapitel 3), die im weiteren Projektverlauf weiter vertieft werden soll.

5.1 Fokus Kohleausstieg

Auch im Jahr 2020 – ein Jahr nach dem Beschluss der Kohlekommission – war der Kohleausstieg ein relevantes Thema. Doch zeigt sich bereits in der Anzahl der relevanten Zeitungsartikel ein deutlicher regionaler Unterschied. Während im Berliner Tagesspiegel 21 Treffer zum Stichwort „Kohleausstieg“ im angegebenen Suchzeitraum gefunden wurden, verzeichnete die Lausitzer Rundschau im Untersuchungszeitraum knapp 200 Treffer. Auch inhaltlich ist das Thema in den beiden Regionen sehr unterschiedlich konnotiert und wird mit unterschiedlicher Fokussierung diskutiert.

In **Berlin** ist der Kohleausstieg schon seit dem Jahr 2017 beschlossene Sache. Im Braunkohlerevier wurde der Ausstieg 2017 vollzogen, die Steinkohlekraftwerke Reuter, Reuter West und Moabit sollen bis 2030 abgeschaltet sein. Die Diskussion um den Berliner Kohleausstieg scheint mit der Machbarkeitsstudie „Kohleausstieg und

nachhaltige Fernwärmeversorgung Berlin 2030“, welche im Oktober 2019 vorgestellt wurde, mehr oder weniger geklärt zu sein.¹¹

Der Diskurs im Berliner Tagesspiegel im Jahr 2020 beschäftigte sich eher mit dem „Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung“ (Kohleausstiegsgesetz), welches im Juli 2020 vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde und im August in Kraft trat.¹² Dabei bekam v.a. die Berliner Klimabewegung mit ihrer vielfältigen Kritik an dem Gesetz mediale Aufmerksamkeit. Das im Gesetz verankerte Ausstiegsziel „spätestens 2038“ wird dabei als nicht schnell genug wahrgenommen, denn zur Erreichung des Pariser 1,5°C-Zieles sei ein Kohleausstieg 2030 nötig (**politischer Grund: Politikperformance, ökologischer Grund: Klimaschutz**). Das Kraftwerk Jänschwalde im Landkreis Spree-Neiße, welches allein mehr CO₂ emittiere als die Stadt Berlin (**sozialer Grund: Verantwortung**), sei beispielsweise schon 2028 „ausgekohlt“ (**technischer Grund: Ressourcenverfügbarkeit**). Der Bundesregierung wird „Zerstörungspolitik“, Intransparenz und Nähe zur „Kohlelobby“ vorgeworfen (**politischer Grund: Politikstil, Interessenvertretung**). Auch **Gerechtigkeitsfragen** spielten eine zentrale Rolle. Dabei ging es neben Generationen- und Klimagerechtigkeit auch um die Frage von Verantwortung, denn die Unternehmen, die die Kraftwerke betreiben, würden nun mit „Geldgeschenken“ überhäuft, die aus Steuergeldern finanziert werden.

Neben diesem zentralen Thema wurden auch die Auswirkungen des Kohleausstiegs in der Lausitz auf die Wasserversorgung Berlins diskutiert. Dabei ging es einerseits um die positiven Wirkungen auf die Sulfatbelastung der Spree, welche Berlin mit Trinkwasser versorgt und damit um **Gesundheitsbelange**. Andererseits ging es um die Sorge der **Sicherheit** der Trinkwasserversorgung, wenn durch Schließung der Tagebaue weniger Wasser in den Gruben abgepumpt wird und durch das Anlegen von Tagebauseen zusätzlich Wasser verdunstet.

Tabelle 1: ESRa. Themenlandkarte – Kohleausstieg Berlin

Ökologische Gründe	Soziale Gründe	Technische Gründe	Politische Gründe
Klimaschutz <ul style="list-style-type: none"> Berliner Klimaziele Pariser Klimaziele Dekarbonisierung 	Gerechtigkeit <ul style="list-style-type: none"> Generationengerechtigkeit Klimagerechtigkeit Verantwortung (gemäß Verursacher*innenprinzip) 	Ressourcenverfügbarkeit	Politikperformance <ul style="list-style-type: none"> Schnelligkeit Wirksamkeit
	Menschenrechte		Politikstil <ul style="list-style-type: none"> Zerstörungspolitik Intransparenz

¹¹ Als Gründe für den Kohleausstieg in Berlin werden neben **Klimaschutz** auch immer wieder **Menschenrechtsverletzungen** beim Steinkohleabbau thematisiert.

¹² <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/kohleausstiegsgesetz.html>

Gesundheit
• Trinkwasserqualität

Sicherheit
• Versorgungssicherheit -
Wasser

Interessenvertretung
• Nähe zu
Kohlelobby

Quelle: ESRa. Eigene Darstellung basierend auf Medienanalyse des Tagesspiegels – Ressort Berlin; eingegebenes Schlagwort: Kohleausstieg (21 Treffer); Suchzeitraum: 01.01.2020-29.01.2021

Auch mehr als ein Jahr nach der „Kohlekommission“ ist das Thema des Kohleausstiegs in der **Lausitz** hochrelevant. Allerdings scheint sich der Diskurs vom Für und Wider des Kohleausstiegs hin Richtung der Umsetzbarkeit des Strukturwandels (>500 Treffer) verlagert zu haben.

Zwar wird in vielen Artikeln immer noch betont, dass die Region wirtschaftlich stark von der Kohle im Allgemeinen und der LEAG AG im Besonderen abhängig sei (**ökonomische Gründe: Wirtschaftsstruktur, Arbeitsplätze & Einkommen**) und die grundlastfähigen Kraftwerke in der Lausitz für Versorgungssicherheit notwendig seien (**technischer Grund: Systemstabilität, sozialer Grund: Versorgungssicherheit – Strom**).¹³ Auch für das Selbstverständnis der Region gilt die Braunkohle als sehr zentral (**sozialer Grund: Identität**). Allerdings zeichnet sich zunehmend Zuversicht ab, dass diese Herausforderungen zu meistern sind und die Lausitz auch in Zukunft Energieregion bleiben kann.

So wird das Strukturstärkungsgesetz, welches mit der Bund-Länder-Vereinbarung im August 2020 in Kraft getreten ist, insgesamt eher positiv aufgenommen, mit der Begründung, dass dies endlich die nötige Planungssicherheit (**ökonomischer und sozialer Grund**) schaffe. Insbesondere die zugesagten Gelder in Milliardenhöhe werden als einmalige Chance gesehen, das wirtschaftliche Gesicht der Region neu zu gestalten.¹⁴ Durch neue, zukunftsfähige Ideen und Innovationen (z.B. klimaschonende Industrie und Wasserstoff) könnten schlussendlich sogar mehr Investitionen angelockt

¹³ Das technische Argument scheint aktuell auch das einzige sein, welches noch als Argument gegen den Kohleausstieg an sich bzw. Kohleausstieg im Jahr 2038 angebracht wird.

¹⁴ Gleichzeitig wird stets betont, dass die Region auch einen Anspruch auf diese finanziellen Zusagen habe. Die politische Entscheidung zum Kohleausstieg, würde viele Menschen der Region unverschuldet direkt und indirekt die Einkommensgrundlage (**ökonomischer Grund: Arbeitsplätze & Einkommen**) entziehen, woraus sich das ökonomische Recht auf Alternativangebote begründe (**sozialer Grund: Gerechtigkeit – ökonomischer Ausgleich**). Dieses Argumentationsmuster wiederholt sich bei der Bewertung der öffentlich-rechtlichen Verträge, mit denen die Entschädigung der Kohlekraftwerksbetreiber geregelt werden sollte. Anders als in Berlin, werden die Verträge in der Lausitzer Rundschau eher verteidigt. Die Entschädigungen seien notwendig, um wirtschaftliche Verluste auszugleichen (**ökonomischer Grund: Kosten der Transformation**) und stünden der Region zu (**sozialer Grund: Gerechtigkeit – ökonomischer Ausgleich**).

und neue Arbeitsplätze geschaffen werden (**ökonomische Gründe**). Besonders positiv werden dabei auch die im Strukturstärkungsgesetz angelegten Vorhaben zum Ausbau des Bahnwerks sowie dem Aufbau eines Medizinstudiengangs in Cottbus bewertet. Mit diesen Projekten könnten hunderte neue Jobs entstehen, die außerdem über Cottbus hinaus in die Region ausstrahlen (**ökonomische Gründe: Arbeitsplätze & Einkommen, regionale Effekte**).¹⁵

Die Weichen in der Lausitz scheinen also auf Umsetzung und Zukunft gestellt worden zu sein. Sowohl Kommunen als auch Großindustrie arbeiten an innovativen Ideen und auch die Bürger*innen selbst, wollen sich einbringen. Hier äußern sich jedoch teilweise leichte Unterschiede im Verständnis darüber, wofür die Strukturwandelgelder ausgegeben werden sollen. Während die einen den Fokus auf Schaffung neuer Wirtschaftsstrukturen und Großprojekte legen (**ökonomischer Grund**), geht es Bürger*innen tendenziell um ein breiteres Verständnis von Wandel, zu dem z.B. auch die Stärkung des ÖPNV gehört, sowie generell um die Möglichkeit die eigene Zukunft mitzugestalten (**soziale Gründe: Selbstwirksamkeit, Teilhabe**).¹⁶

Auch die Rollen- und Kompetenzfrage scheint teilweise ungeklärt oder gar strittig zu sein. Dem Wunsch nach Selbstwirksamkeit (**sozialer Grund**) und Souveränität (**politischer Grund**) der Bürger*innen und Kommunen steht ein Prozess gegenüber, der bisher stark top-down organisiert ist. So würde z.B. das Strukturstärkungsgesetz bereits die Leitplanken für die weitere Entwicklung der Region festschreiben. Auch der Kohleausstieg insgesamt wird als politische Entscheidung wahrgenommen.¹⁷ Aber auch die Landesregierung und die Kompetenz ihrer eingerichteten Interministeriellen Arbeitsgruppe (Imag), welche maßgeblich über die bottom-up voridentifizierten Strukturwandelprojekte entscheiden soll, wird kritisiert. Andererseits fühlen sich die Kommunen in ihrer Rolle als Umsetzer*innen des Wandels teilweise auch überfordert und alleine gelassen (**politischer Grund: Verantwortung**).

Die allgemeine Zuversicht wird auch dadurch gebremst, dass die Bundespolitik insgesamt eher skeptisch beäugt wird. So heißt es an der ein oder anderen Stelle, der Strukturwandel müsse sich erst an Taten messen lassen (**politische Gründe: Politikperformance – Wirksamkeit, Verlässlichkeit**). Zwar wurde man, durch z.B. die bereits stattfindende Ansiedlung von Bundesbehörden, in der Region positiv überrascht. Gleichzeitig verunsicherten die komplexen Politikprozesse, welche zum

¹⁵ Die Schaffung zukunftsicherer Jobperspektiven sei dabei v.a. für die Jugend eine Notwendigkeit (**sozialer Grund: Zukunftsperspektiven**).

¹⁶ Zentral ist darüber hinaus der Anspruch, dass sich Arbeitsplatzeffekte nicht nur auf Cottbus konzentrieren sollen (**ökonomischer Grund: regionale Effekte; sozialer Grund: Teilhabe**).

¹⁷ Dass das aus Klimagründen notwendig ist, wird dabei – wenn überhaupt – meist nur in einem Nebensatz erwähnt. Teilweise wurde dieser Zusammenhang abgeschwächt, in dem darauf verwiesen wurde, das „CO2-Problem müsse global betrachtet werden“. Anders als in Berlin, wo die globale Betrachtung zu der Schlussfolgerung führt, Deutschland müsse seine globale Verantwortung übernehmen und seine Ambitionen erhöhen, wird in der Lausitz teilweise darauf verwiesen, dass der deutsche Anteil an den globalen CO2-Emissionen nur bei 2,5% liege.

Inkrafttreten der Strukturstärkungs- und Kohleausstiegsgesetze nötig waren, sowie die Meldung, die Bundesregierung wolle die Gelder des europäischen Just Transition Funds auf die Strukturwandelgelder anrechnen, das ohnehin angespannte Vertrauensverhältnis zur Bundesregierung (**politischer Grund: politische Altlast**).

Es ist daher davon auszugehen, dass die Fähigkeit der Bundesregierung, das Vertrauen der Lausitzer*innen aufrechtzuerhalten oder gar zu stärken, wesentlichen Einfluss auf deren weitere Unterstützung und Motivation bei der Umsetzung des Strukturwandels haben wird.

Tabelle 2: ESRa. Themenlandkarte – Kohleausstieg Lausitz

Soziale Gründe	Ökonomische Gründe	Technische Gründe	Politische Gründe
Identität • Energieregion	Kosten der Transformation	Systemstabilität	Politikperformance • Wirksamkeit • Verlässlichkeit
Selbstwirksamkeit & Teilhabe	Arbeitsplätze & Einkommen		Politische Altlast • angespanntes Vertrauensverhältnis
Gerechtigkeit • soziale Gerechtigkeit – ökonomischer Ausgleich	Wirtschaftsstruktur		Kompetenzfragen • Souveränität • Verantwortung
Sicherheit • Versorgungssicherheit - Strom • Zukunftsperspektiven • Planungssicherheit & Vertrauen	Investition & Wertschöpfung • Innovation • Regionale Effekte		

Quelle: ESRa. Eigene Darstellung basierend auf Medienanalyse der Lausitzer Rundschau; eingegebenes Schlagwort: Kohleausstieg (ca. 196 Treffer), Strukturwandel (ca. 528 Treffer); Suchzeitraum: 01.01.2020-29.01.2021

Das Thema Kohleausstieg ist in Berlin und der Lausitz unterschiedlich konnotiert. Während in **Berlin** v.a. **ökologische** Gründe, wie das Erreichen von Klimazielen, und **soziale Gründe**, wie Klimagerechtigkeit, im Fokus stehen, dominieren in der **Lausitz wirtschaftliche Gründe** – allen voran Arbeitsplätze –, **technische Argumente** – Versorgungssicherheit – und **soziale Fragen**, wie Sicherheit, Selbstwirksamkeit und Teilhabe. Insgesamt scheint der Wunsch nach Planungssicherheit in der Lausitz zentral. Das Strukturstärkungsgesetz hat diesbezüglich Zuversicht geschaffen. Diese hängt jedoch an einem seidenen Faden und wird wesentlich von der wahrgenommenen Wirksamkeit und Verlässlichkeit der Bundespolitik beeinflusst (**politische Gründe: Politikperformance**). An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass ein möglicher vorzeitiger Kohleausstieg 2035, in der Lausitzer Rundschau keine Erwähnung findet. 2038 scheint als festgeschriebenes Enddatum in der Lausitz wahrgenommen zu werden, während den im Tagespiegel zu Wort

gekommen Akteur*innen 2035 viel zu spät ist. Das birgt Potential für eine weitere Polarisierung der energie- und klimapolitischen Debatte zwischen Berlin und der Lausitz.

5.2 Fokus Verkehrswende

Während in der Lausitz „Strukturwandel“ (>500 Treffer) das Energiewende-Thema mit den meisten Treffern in der Medienanalyse war, steht in **Berlin** das Thema „Verkehrswende“ (168 Treffer) hoch im Kurs. Dabei ist die Diskussion hier viel diverser, kleinteiliger aber auch konflikt-beladener als beim Berliner Kohleausstiegsdiskurs.

Mit dem Berliner Mobilitätsgesetz wurde im Jahr 2018 der gesetzliche Grundstein für die Berliner Verkehrswende gelegt. Kern des Gesetzes ist die Priorisierung des Umweltverbundes aus ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, womit man sich von der autogerechten Stadt verabschieden will. Das Gesetz wird insgesamt eher positiv, als wichtiger Schritt und Gesetz mit Vorbildcharakter bewertet. Debatten kreisen jedoch um die Art und Langsamkeit der Umsetzung (v.a. **soziale Gründe: Fokus soziale Gerechtigkeit**, **politische Gründe: Politikperformance, Politikstil**) und die sich vertiefenden Gräben zwischen der rot-rot-grünen Koalition. Diskutiert wurde z.B. über das Zurückweisen des Grünen Entwurfs des „Maßnahmenpakets zur Anerkennung der Klimanotlage“ durch die SPD, was u.a. an den darin skizzierten verkehrspolitischen Maßnahmen¹⁸ scheiterte. Während die Grünen bzw. die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin (SenUVK) damit Ernsthaftigkeit zur Bekämpfung der Klimakrise demonstrieren und Autos mit Verbrennungsmotor so schnell wie möglich aus Berlin verbannen wollten (**ökologische Gründe: Klimaschutz**, **politische Gründe: Politikstil - Aktionismus**), verwiesen SPD und andere auf negative soziale Effekte für arme und schutzbedürftige Menschen (**soziale Gründe: soziale Gerechtigkeit**). Aber auch **politische Altlasten (bezogen auf die Vielzahl an gegenseitigen Enttäuschungen in der Koalition)** und beidseitige Unzufriedenheit mit dem Prozess spielten in den Konflikt hinein (**politische Gründe: Politikstil, Politikperformance**).¹⁹

¹⁸ v.a. City Maut, Pop-up Radwege, höhere Parkgebühren, Zero Emission Zones

¹⁹ Aus diesem Konflikt entspannt sich eine Debatte um die Zentralität der Mobilitätslösung U-Bahn. Im Vergleich zu anderen Themen, wurde hier sehr wirtschaftlich, technisch und planerisch argumentiert. Während die einen die horrenden Kosten von U-Bahnen beteuerten, verwiesen andere auf die Mitfinanzierungsmöglichkeit durch den Bund. Auf der Contra-Seite wurde außerdem auf die langen Planungs- und Realisierungszeiten wie bei der Linie U5 hingewiesen, darauf, dass die U-Bahn nur eine von vielen nötigen Lösungen und nur in bestimmten Verkehrssituationen sinnvoll sein und bei einem allgemeinen Klimacheck aufgrund der emissionsintensiven Tunnelbaue schlecht abschneiden könne. Den Treibern der U-Bahn Lösung wurde daher ein „Überbietungswettbewerb“ und das „Gegeneinander ausspielen von Verkehrsmitteln“ vorgeworfen.

Die gegenseitige Enttäuschungsstimmung (**politische Gründe: Politische Altlast**) brach auch beim Konflikt um die Erhöhung der Ticketpreise des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) wieder auf. Die Linke fühlte sich hintergangen und sah den Koalitionsvertrag gebrochen (**politische Gründe: Politikstil, Politikperformance - Konsistenz**). Während sich SenUVK mit dem Verweis auf die gestiegenen Kosten und der Logik des aktuellen Tarifsystems (**ökonomische Gründe: Kosten, Preissystem**) verteidigte, argumentierte das andere Lager, die Preiserhöhung würde Menschen vom gewünschten Umstieg auf ÖPNV abbringen (**ökologische Gründe: Klimaschutz**) und ärmere und systemrelevante Menschen benachteiligen (**soziale Gründe: soziale Gerechtigkeit**). Interessant ist hieran, dass sich die jeweiligen Akteur*innen teilweise untypischer bzw. unerwarteter Argumentationsmuster bedienen.

Großes Thema war auch die Stärkung des Radverkehrs. Gründe für besseren Radverkehr sind neben **ökologischer (Klimaschutz und Umweltschutz)** auch **sozialer Art (Sicherheit, Gesundheit & lebenswerte Stadt)**. Allerdings wird das Lager der Kritiker*innen lauter. Sie werfen der Politik eine „fahrradlastige Verkehrswende“ vor, die das Auto zum „Feindbild“ erkläre aber auch Fußgänger*innen immer weiter an den Rand „dränge“ (**politische Gründe: Politikstil, Ideologievorwurf**). Eine neue Dimension bekam die Diskussion mit den acht Corona-bedingt etablierten Pop-up Radwegen, von denen sieben im September 2020 aufgrund eines Eilantrags eines AfD-Abgeordneten für rechtswidrig erklärt wurden (**rechtlicher Grund: Legalität**).²⁰ Daraufhin wurde der Berliner Umweltsenatorin „Unprofessionalität“ vorgeworfen, während Unterstützer*innen der Radwege ihr Mut, progressives und schnelles Vorgehen attestierten (**politische Gründe: Politikstil**). Die Pop-up Radwege wurden als positives Beispiel herausgestellt, wie das sonst so typische „Behörden-Pingpong“ überwunden werden könne (**rechtliche Gründe: Kompetenzen**). Im unterstützenden Lager herrschte außerdem Unverständnis über die Begründung des Gerichts, da die Gefahrenlage bei den Pop-up Radwegen auf der Hand liege (**sozialer Grund: Sicherheit**). Der Straßenverkehrsordnung (StVO) attestierten sie Autofreundlichkeit und Unverhältnismäßigkeit (**rechtliche Gründe: Legitimität**). Auch für die Verkehrswende wäre das „zurück auf Anfang“ ein Desaster (**ökologischer Grund: Klimaschutz**). Darüber hinaus würden die Radwege gut angenommen, was den Bedarf zeige (**technischer Grund: Nachfrage**). Aber auch zum allgemeinen Konzept gab es Kritik. Einerseits würden „gelbe Linien noch kein Radverkehrskonzept ausmachen“ und die Pop-up Radwege könnten auch zu einer Behinderung des Straßenverkehrs und von Einsatzfahrzeugen führen (**technischer Grund: Systemsicht; sozialer Grund: Sicherheit**).

Beim Thema autofreie Stadt wiederholen sich einige der aufgezeigten Konfliktlinien. Auf der Pro-Seite stehen **Klimaschutz, Verkehrssicherheit, Flächengerechtigkeit, Gesundheit und die lebenswerte Stadt**. Auf der Contra-Seite stehen **soziale Gerechtigkeit**, z.B. bei steigenden Kosten für Parken und durch eine eventuelle City-

²⁰ Grund: Die Begründungen der Radwege mit der Pandemie sei nicht Straßenverkehrsordnungskonform gewesen. Hier hätte man mehr auf den Gefahrenwert hinweisen müssen.

Maut und Menschen bzw. Akteursgruppen die sich mit ihren Mobilitätspräferenzen nicht berücksichtigt fühlen (**soziale Gründe: Freiheit und Pluralität**). Aber auch hier gibt es zahlreiche **politische Konflikte**, wie den schon erwähnten **Ideologievorwurf** oder der Frage ob es Maßnahmen²¹ brauche, die eher auf Angebots- oder Nachfrageseite Wirkung entfalten (**politischer Grund: Politikstil**, **technischer Grund: Angebot**); aber auch die mangelnde **Konsistenz** ist ein wesentliches Thema.²²

Tabelle 3: ESRa. Themenlandkarte – Verkehrswende Berlin

Ökologische Gründe	Soziale Gründe	Ökonomische Gründe	Technische Gründe	Politische Gründe	Rechtliche Gründe
Klimaschutz	Sicherheit <ul style="list-style-type: none"> • körperliche Unversehrtheit 	Kosten	Systemsicht	Politikperformance <ul style="list-style-type: none"> • Wirksamkeit • Schnelligkeit • Konsistenz 	Legalität
Umweltschutz <ul style="list-style-type: none"> • Luftverschmutzung 	Gesundheit & lebenswerte Stadt <ul style="list-style-type: none"> • Lärm • Schmutz • Luftverschmutzung • Aufenthaltsqualität 	Preissystem	Nachfrage	Politikstil <ul style="list-style-type: none"> • Push vs. Pull • Aktionismus vs. Professionalität • Koordination 	Legitimität
	Gerechtigkeit <ul style="list-style-type: none"> • Flächengerechtigkeit • soziale Gerechtigkeit 		Angebot	Ideologievorwurf	Kompetenz
	Freiheit & Pluralität			Politische Altlasten <ul style="list-style-type: none"> • Enttäuschungen in der Koalition 	

Quelle: Esra. Eigene Darstellung basierend auf Medienanalyse des Tagesspiegels – Ressort Berlin; eingegebenes Schlagwort: Verkehrswende (168 Treffer); Suchzeitraum: 01.01.2020-29.01.2021

In der **Lausitz** kommt dem Thema Verkehrswende noch keine besondere Aufmerksamkeit zu (15 Treffer). In den Artikeln kreist die Diskussion v.a. um die

²¹ z.B. Emission Free Zones vs. Ausbau E-Ladesäulen, Erhöhung Parkkosten und City Maut vs. 350-€-Ticket

²² z.B. Vision der autofreien Stadt vs. Verlängerung A100, Kompromiss Mühlendammbrücke, Konzept bei Bauarbeiten an Straße des 17. Juni

Notwendigkeit des Autos im ländlichen Raum. Das wird v.a. mit mangelnden Alternativen begründet (**technische Gründe: Angebot**).

Dem E-Auto steht man aus **technischen (Technologieperformance: Reichweite, Angebot: mangelnde Ladesäuleninfrastruktur)** aber auch **Kostengründen (ökonomische Sicht)** skeptisch gegenüber. Diskussionen um autofreie bzw. autoarme Städte gab es lediglich in Cottbus, dem urbanen Zentrum der Region. Pläne waren jedoch stark umstritten und wurden als zu radikal angesehen (**politische Gründe: Politikstil**).

Die Reaktivierung von Schienen und Verbesserung des ÖPNV spielt jedoch auch hier eine Rolle. Dabei dominieren **soziale Gründe**, wie das (Wieder-)Anbinden abgehängter Regionen (**Mobilität**). Kritik am ÖPNV gibt es z.B. in Spree-Neiße aufgrund der mangelnden **Innovationsfähigkeit (ökonomische Gründe)** der Mobilitätslösung. Damit wird die Verkehrswende eher unter dem Blick betrachtet, was sie zum Strukturwandel – im Sinne von Investitionen und Wirtschaftsaufbau – der Region beitragen kann.

Tabelle 4: ESRa. Themenlandkarte – Verkehrswende Lausitz

Soziale Gründe	Ökonomische Gründe	Technische Gründe	Politische Gründe
Mobilität	Kosten	Angebot	Politikstil
	Wirtschaftsstruktur	Technologieperformance	
	Investition & Wertschöpfung • Innovation		

Quelle: Esra. Eigene Darstellung basierend auf Medienanalyse der Lausitzer Rundschau; eingegebenes Schlagwort: Verkehrswende (15 Treffer); Suchzeitraum: 01.01.2020-29.01.2021

Auch am Beispiel der Verkehrswende scheinen die Diskursräume in Berlin und der Lausitz damit stark voneinander abzuweichen, sowohl bei den diskutierten Themen als auch den dominierenden Argumentationsmustern.

5.3 Fokus Wärmewende

Der Gebäudesektor ist in **Berlin** für 49 % der Emissionen zuständig. Trotz der klimapolitischen Relevanz war das Thema Wärmewende im Jahr 2020 nicht Teil des Diskursraums des untersuchten Mediums. Die Suchanfrage landete 0 Treffer. Das verwandte Thema Sanierung weist jedoch hohe Trefferzahlen auf (172). Das legt den Schluss nahe, dass hier die **sozialen Fragen (soziale Gerechtigkeit - Milieuschutz)** aber auch **technischen Herausforderungen (Sanierung Bestandsbauten, Denkmalschutz)** deutlich mehr Aufmerksamkeit erlangen als ökologische Aspekte. Auch bei Berichterstattung über die Umstellung des Tarifsystems von Vattenfall –

Berlins größtem Wärmeversorger – auf klimaneutrale Produkte, dominierte das Kostenargument (**ökonomischer Grund: Kosten**, **sozialer Grund: soziale Gerechtigkeit**).

Allerdings fand die Forderung nach einem Erneuerbare-Wärme-Gesetz im Erschließungsantrag der Abgeordnetenversammlung zum Klimanotstand mediale Aufmerksamkeit. Dies wurde als Meilenstein (**politischer Grund: Politikperformance**) und notwendiger Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele (**ökologischer Grund: Klimaschutz**) bezeichnet. Unterstützer*innen befürworteten dabei insbesondere, dass es klare gesetzliche Vorgaben – abseits reiner Selbstverpflichtungen – bieten würde (**politischer Grund: Politikstil**).

Allerdings scheint das Thema Wohnungspolitik im Wahlkampf 2021 zentral zu werden. Dabei wird interessant sein, wie die verschiedenen Parteien das Thema besetzen.

Tabelle 5: ESRa. Themenlandkarte – Wärmewende Berlin

Ökologischer Grund	Sozialer Grund	Ökonomischer Grund	Technischer Grund	Politischer Grund
Klimaschutz	Gerechtigkeit <ul style="list-style-type: none"> • Soziale Gerechtigkeit - Milieuschutz 	Kosten	Technische Herausforderung <ul style="list-style-type: none"> • Bestandssanierung 	Politikperformance
			Denkmalschutz	Politikstil

Quelle: Esra. Eigene Darstellung basierend auf Medienanalyse des Tagesspiegels – Ressort Berlin; eingegebenes Schlagwort: Wärmewende (0 Treffer), Fernwärme (8 Treffer); Suchzeitraum: 01.01.2020-29.01.2021

Auch in der **Lausitz** scheint das Thema Wärmewende noch nicht in den Fokus der Aufmerksamkeit gelangt. Die Suchanfrage ergab hier 2 Treffer. Da sich diese auf Hoyerswerda bezogen, was außerhalb der brandenburgischen Lausitz liegt, der unsere Modellregion Spree-Neiße zuzuordnen ist, wurden diese Artikel aus der Analyse vorerst ausgeschlossen.

6 Ausblick

Die ersten Ausführungen haben gezeigt, dass die Energiewende, insbesondere die Stromwende, insgesamt zwar auf hohe Zustimmung stößt, es jedoch durchaus starke regionale Unterschiede gibt. Diese sind einerseits geprägt von Stadt-Land-Unterschieden, andererseits auch zurückzuführen auf regionale Spezifika, wie beispielsweise die Strukturwandelherausforderung in der Braunkohleregion Lausitz. Um zu einem tieferen Verständnis dieser regionalspezifischen Haltungen und hemmenden wie fördernden Faktoren für die Umsetzung der Energiewende zu gelangen, gilt es zunächst, vorhandene Datenlücken auszugleichen und die quantitativen, räumlich grobkörnigen Daten mit regionalen, qualitativen Daten zu unterfüttern. Im Folgenden sollen kurz die bisherigen Erkenntnisse zusammengefasst und ein Ausblick auf die nächste Projektphase gegeben werden.

Eine erste Analyse der Berichterstattung des Jahres 2020 zu Energiewendethemen in den beiden Leitmedien in Berlin und dem Landkreis Spree-Neiße hat ergeben, dass große Unterschiede zwischen den beiden Diskursräumen bestehen. Parallel zu einer sich möglicherweise verstärkenden gesellschaftlichen Polarisierung in Bezug auf Energie- und Klimapolitik, soll dieser Aspekt im weiteren Projektverlauf vertieft untersucht werden.

Die Tiefbohrungen haben außerdem erste Hinweise darauf gegeben, auf welche Weise die vier zentralen, die Haltungen beeinflussenden Faktoren (allgemeine Einstellungen zu Energiewende/Klimawandel, externe Auswirkungen, lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung, Einbezug der betreffenden Bevölkerung/Kommune in Planungsprozesse), in den Regionen miteinander verknüpft sind und welche Schwerpunkte jeweils sowohl in den Regionen als auch in den jeweiligen Sektoren der Energiewende besonders gewichtig sind. So wird zum Beispiel deutlich, dass in der **Lausitz** in nahezu allen Energiewendebereichen der wirtschaftliche Faktor, also **Fragen von lokaler Wertschöpfung und ökonomischen Externalitäten** dominieren. Dies zeigt sich besonders stark bei der Debatte um Kohleausstieg und den Strukturwandel. Hier steht die Angst um Arbeitsplätze und negative wirtschaftliche Folgen im Vordergrund. Die daraus erwachsenden sozialen und kulturellen Folgen (z.B. Abwanderung bei ausbleibenden Perspektiven) stehen weniger im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung. Auch Themen der Verkehrswende werden in der Lausitz unter dem Blick des Strukturwandel-Beitrags gerahmt. Weniger die Umstellung individueller Mobilität oder öffentlicher Verkehrssysteme werden besprochen, als vielmehr die Frage, ob sich durch die Verkehrswende neue Industrien in der Region ansiedeln könnten, die dabei helfen die negativen Folgen des Kohleausstiegs abzufedern. Die Bewertung der Energiewende in der Lausitz hängt stark mit der besonderen Betroffenheit der Region durch für die Energiewende notwendigen Kohleausstieg zusammen. Die Einbindung in die globale Klimaproblematik findet zumeist nicht statt.

Gänzlich anders stellt sich die Berichterstattung des **Berliner** Tagesspiegels dar. Der Fokus liegt hier auf **positiven Auswirkungen (Externalitäten)** durch die

Energiewende, wie z.B. Luftreinhaltung, Verkehrssicherheit oder verminderter Flächenverbrauch durch motorisierten Individualverkehr. Gleichzeitig ist das Thema der **Mitsprache** in Berlin deutlich stärker vertreten, was sich auch daran zeigt, dass die starke Berliner Klimabewegung mit ihren Positionen und Produkten oft direkt in Artikeln zitiert oder genannt wird. Aber auch zum politischen Diskurs haben diese guten Zugang und werden im Vorfeld von energie- und klimapolitischen Entscheidungen oft aktiv in Stakeholder-Prozesse einbezogen, wie bei der Erarbeitung politisch maßgeblicher Studien zum Berliner Kohleausstieg oder dem Berliner Energie- und Klimaschutzkonzept (BEK). Teilweise gehen die Politikergebnisse auch auf Initiativen der Klimabewegung zurück, z.B. war die Bottom-up Bewegung „Volksentscheid Fahrrad“ prägend für das bundesweit bisher einzigartige Berliner Mobilitätsgesetz. Gleichzeitig zeigt sich im Hinblick auf den politischen Schlingerkurs der Energiewende in der Berliner Mediendiskussion ein ähnliches Bild wie in den nationalen Umfragen (Setton 2019; Wolf 2020). Die zahlreichen parteipolitischen Konflikte innerhalb des Berliner Senats führen zunehmend dazu, dass die Zufriedenheit mit den verkehrs- und energiepolitischen Entscheidungen in Berlin sinkt. Das birgt die Gefahr, dass sich die negativen Erfahrungen auch auf die **allgemeine Einstellung** zur Energie- und Verkehrswende auswirken.

In der folgenden Projektphase, soll tiefergehend untersucht werden, welche Faktoren jeweils prägend für die Projektregionen Spree-Neiße und Berlin sind, um darauf aufbauend schließlich Entwicklungsszenarien für eine erfolgreiche Energiewende abzuleiten.

Literaturhinweise

Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) (2021): Zustimmung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien bleibt hoch. <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-umfrage/zustimmung-fuer-den-ausbau-der-erneuerbaren-energien-bleibt-hoch>. (letzter Zugriff: 29.01.2021).

Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) (2019): Wichtig für den Kampf gegen den Klimawandel: Bürger*innen wollen mehr Erneuerbare Energien. <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-umfrage/akzeptanzumfrage-2019>. (letzter Zugriff: 29.01.2021).

Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) (2018): Bundesländer mit neuer Energie. Statusreport Föederal Erneuerbar 2018. Berlin.

Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) (2018): Klares Bekenntnis der deutschen Bevölkerung zu Erneuerbaren Energien. <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-umfrage/klares-bekenntnis-der-deutschen-bevoelkerung-zu-erneuerbaren-energien>. (letzter Zugriff: 29.01.2021).

Aitken, M. (2010): Why we still don't understand the social aspects of wind power. A critique of key assumptions within the literature. In: Energy Policy 38 (4), S. 1834–1841.

Batel, S. (2017): A critical discussion of research on the social acceptance of renewable energy generation and associated infrastructures and an agenda for the future. In: Journal of Environmental Policy & Planning 20 (3), S. 356–369.

Bell, D., Gray, T., & Haggett, C. (2005). The "social gap" in wind farm siting decisions: Explanations and policy responses. Environmental Politics (14), 460–477.

Bischoff, S.; Heidig, J. (2020): LausitzMonitor. <https://lausitz-monitor.de/ergebnisse/> (29.01.2021).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)/ Bundesamt für Naturschutz (BfN) (Hg.) (2020): Naturbewusstsein 2020. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Berlin, Bonn: BMU/BfN.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)/Umweltbundesamt (UBA) (2019): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin, Dessau-Roßlau: BMU/UBA.

- Brettschneider, F. (2016): Erfolgsbedingungen bei Großprojekten. In Glaab, M. (Hrsg.): Politik mit Bürgern – Politik für Bürger, Bürgergesellschaft und Demokratie, pp 219-238. Springer VS, Wiesbaden. DOI 10.1007/978-3-658-12984-2_13.
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) 2020: DBU-Umfragen belegen: Klimakrise langfristig gravierender eingeschätzt als Coronakrise. DBU aktuell Nr. 3 | 2020. https://www.dbu.de/708artikel38650_2486.html. (letzter Zugriff: 29.01.2021).
- Devine-Wright, P.; Batel, S.; Aas, O.; Sovacool, B. n K.; Labelle, M. C.; Ruud, A. (2017): A conceptual framework for understanding the social acceptance of energy infrastructure. Insights from energy storage. In: Energy Policy 107, S. 27–31.
- Di Nucci, M. R.; Krug, M. ; Will, A., Vondran, S. (2020): Akzeptanzfaktoren und akzeptanzfördernde Maßnahmen beim Ausbau der Windenergie. Energiewirtschaftliche Tagesfragen 4/202029-34.
- EIB 2019. Umfrage der EIB zum Klimawandel 2019-2020. <https://www.eib.org/de/surveys/2nd-climate-survey/climate-change-impact.htm>. (letzter Zugriff: 29.01.2021).
- Eichenauer, E. (2018): Energiekonflikte - Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite: Politikwissenschaftliche Perspektiven. In: Jörg Radtke und Norbert Kersting (Hg.): Energiewende: Politikwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 315-341.
- Eichenauer, E.; Gailing, L. (2020). *Gute Bedingungen für lokale Wertschöpfung aus Windkraftanlagen. Erfahrungen und Empfehlungen*. IRS Dialog Policy Paper, Erkner: Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung.
- Ek, K.; Persson, L. (2014): Wind farms - Where and how to place them? A choice experiment approach to measure consumer preferences for characteristics of wind farm establishments in Sweden. In: *Ecological Economics* 105, S. 193-203. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2014.06.001.
- EnBW 2019: Stimmungsbild Windkraft in Brandenburg. Ergebnisbericht. Bearbeitet durch Forsa im Auftrag von EnBW. <https://www.enbw.com/media/konzern/docs/energieerzeugung/stimmungsbild-windkraft-brandenburg-februar-2019.pdf> (letzter Zugriff 02.02.2021)
- European Comission (2019): Special Eurobarometer 490. Climate Change. April 2019. https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/support/docs/de_climate_2019_en.pdf (letzter Zugriff: 15.02.2021).
- FA Wind (2019): Hemmnisse beim Ausbau der Windenergie in Deutschland. Ergebnisse einer Branchenumfrage zu Klagen gegen Windenergieanlagen sowie zu Genehmigungshemmnissen durch Drehfunkfeuer und militärische Belange der Luftraumnutzung. Hg. v. Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind). Berlin.

- Gailing, L. ; Röhring, A. (2015): Was ist dezentral an der Energiewende? Infrastrukturen erneuerbarer Energien als Herausforderungen und Chancen für ländliche Räume. In: *Raumforschung und Raumordnung* 73/1, 31-43.
- Gross, C. (2007): Community perspectives of wind energy in Australia. The application of a justice and community fairness framework to increase social acceptance. In: *Energy Policy* 35 (5), S. 2727-2736. DOI: 10.1016/j.enpol.2006.12.013.
- Greenpeace Energy (2019): Anwohner zeigen hohe Akzeptanz für Windkraftanlagen in ihrer Umgebung. Neue Umfrage zum Wind-Gipfel der Bundesregierung. Online verfügbar unter <https://www.greenpeace-energy.de/presse/artikel/anwohner-zeigen-hohe-akzeptanz-fuer-windkraftanlagen-in-ihrer-umgebung.html>. (letzter Zugriff: 02.02.2021)
- Gotchev, B. (2016): Bundesländer als Motor einer bürgernahen Energiewende? Stand und Perspektiven wirtschaftlicher Bürgerbeteiligung bei Windenergie an Land. IASS Working Paper. Potsdam: Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS).
- Hübner, G.; Pohl, J.; Warode, J.; Gotchev, B.; Ohlhorst, D.; Krug, M.; Salecki, S.; Peters; W. (2020): Akzeptanzfördernde Faktoren erneuerbarer Energien. BfN Skripten 551. Bonn: BfN.
- Hübner, G.; Pohl, J. (2015): Mehr Abstand - mehr Akzeptanz? Ein umweltpsychologischer Studienvergleich. Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind). Berlin
- Johansen, K.; Emborg, J. (2018): Wind farm acceptance for sale? Evidence from the Danish wind farm co-ownership scheme. In: *Energy Policy* 117, S. 413-422.
- Kahla, F.; Holstenkamp, L.; Müller, J. R.; Degenhart, H. (2017): Entwicklung und Stand von Bürgerenergiegesellschaften und Energiegenossenschaften in Deutschland. Leuphana Universität Lüneburg Lüneburg.
- Klagge, B.; Schmole, H. (2018): Energiegenossenschaften. Eine wirtschaftsgeographische Perspektive. In: Lars Holstenkamp und Jörg Radtke (Hg.): *Handbuch Energiewende und Partizipation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 303-315.
- Kreditbank für Wiederaufbau (KfW) (2019): KfW-Energiewendebarmeter 2019 Haushalte möchten mehr Erneuerbare Energien nutzen – Durchbruch der Elektromobilität bis 2030 erwartet.
- Kost, S. (2013): Transformation von Landschaft durch (regenerative) Energieträger Zur Bedeutung der Bewohnersicht. In: Ludger Gailing und Markus Leibenath (Hg.): *Neue Energielandschaften - Neue Perspektiven der Landschaftsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 121-136.
- Landtag Brandenburg (2020): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 920 des Abgeordneten Felix Teichner (AfD-Fraktion). Das Brandenburger Windenergieanlagenabgabegesetz (BbgWindAbgG). Drucksache 7/2719

- Liebe, U.; Dobers, G. M. (2019): Decomposing public support for energy policy. What drives acceptance of and intentions to protest against renewable energy expansion in Germany? In: *Energy Research & Social Science* 47, S. 247-260.
- Lienhoop, N. (2018): Acceptance of wind energy and the role of financial and procedural participation. An investigation with focus groups and choice experiments. In: *Energy Policy* 118, S. 97-105.
- Lockwood, M. (2018): Right-wing populism and the climate change agenda. Exploring the linkages. In: *Environmental Politics* 27 (4), S. 712-732.
- Marg, S., Hermann, C., Hambauer, V, & Becké, A. B. (2013b). „Wenn man was für die Natur machen will, dann stellt man da keine Masten hin“ – Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In S. Marg, I. Geiges, F. Butzlaff, F. Walter (Hrsg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie* (S. 94-138). Reinbek: Rowohlt.
- Moning, C. (2018): Energiewende und Naturschutz – Eine Schicksalsfrage auch für Rotmilane. In: Olaf Kühne und Florian Weber (Hg.): *Bausteine der Energiewende*. Wiesbaden: Springer VS (RaumFragen), S. 331-344.
- Owens, S. (1985): Energy, Participation and Planning: the Case of Electricity Generation in Great Britain. In: Frank J. Calzonetti und Barry D. Solomon (Hg.): *Geographical Dimensions of Energy*. Dordrecht: Springer, S. 225-253.
- Renn, O.; Köck, W.; Schweizer, P.-J.; Bovet, J.; Benighaus, C.; Scheel, O.; Schröter, R. (2013): Die Öffentlichkeit an der Energiewende beteiligen. Grundsätze und Leitlinien für Planungsvorhaben. In: *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 22 (4), S. 279-280.
- Setton, D. (2019): *Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2018: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse*. Potsdam: Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS).
- Slovic, P. (1993): Perceived Risk, Trust, and Democracy. In: *Risk analysis: an official publication of the Society for Risk Analysis* 13 (6), S. 675-682.
- Sonnberger, M.; Ruddat, M.I (2016): *Die gesellschaftliche Wahrnehmung der Energiewende. Ergebnisse einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung*. Stuttgart: Zentrum für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung der Universität Stuttgart (Stuttgarter Beiträge zur Risiko- und Nachhaltigkeitsforschung, 34).
- Sovacool, B. K.; Lakshmi Ratan, P. (2012): Conceptualizing the acceptance of wind and solar electricity. In: *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 16 (7), S. 5268-5279.

- Walker, G. (1995): Renewable energy and the public. In: Land Use Policy 12 (1), S. 49–59.
- Wolf, I. (2020): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2019: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse. Potsdam: Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS).
- Wolsink, M. (2000): Wind power and the NIMBY-myth: institutional capacity and the limited significance of public support. In: Renewable Energy 21, S. 49–64.
- Wolsink, M. (2018): Social acceptance revisited. Gaps, questionable trends, and an auspicious perspective. In: Energy Research & Social Science 46, S. 287–295.
- Wüstenhagen, R.; Wolsink, M.; Bürer, M. J. (2007): Social acceptance of renewable energy innovation: An introduction to the concept. In: Energy Policy 35 (5), S. 2683–2691.
- Zoellner, J.; Schweizer-Ries, P.; Wemheuer, C. (2008): Public acceptance of renewable energies. Results from case studies in Germany. In: Energy Policy 36 (11), S. 4136–4141.